



Christoph Pries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender Unterausschuss Neue Medien

Christoph Pries, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73376/ 71112

☎ (030) 227 – 76470

✉ christoph.pries@bundestag.de

🌐 www.christoph-pries.de

Herr
Dr. Rainer Hamann
Gartenstr. 9

46325 Borken

Berlin, 06.07.2007/ib

Sehr geehrter Herr Dr. Hamann,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 3. Juli 2007 in der Sie mich zu meiner Einstellung zum Anbau von genmanipuliertem Mais in Borkenwirthe befragen.

In meinen Schreiben vom 27. April und 7. November 2006 hatte ich bereits mehrfach deutlich gemacht, dass ich den Anbau von genmanipuliertem Mais der Linie MON 810-6 der Firma Monsanto im Kreis Borken ablehne, da den ökologischen Risiken kein landwirtschaftlicher Nutzen gegenübersteht.

Die Ereignisse der vergangenen Wochen haben mich in dieser Einstellung bestärkt. Ich begrüße daher ausdrücklich den Vorstoß der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Borken, das Thema Monsanto und Genmais auf die Tagesordnung des Umweltausschusses zu setzen.

Unabhängig davon bin ich aber weiterhin der Auffassung, dass das Thema grüne Gentechnik zu vielschichtig für ein grundsätzliches Für und Wider ist. Die Entscheidungen müssen daher nach intensiver Diskussion und nach sorgfältiger Abwägung der Chancen und Risiken im jeweiligen Einzelfall getroffen werden. Im Fall des Anbaus von Genmais in Borkenwirthe führt dieser Abwägungsprozess zur Ablehnung. In anderen Bereichen (z.B. bei Energiepflanzen) müssen vorhandene Potenziale der grünen Gentechnik aber nutzbar bleiben.

Wir wissen, dass die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gentechnisch veränderte Lebensmittel ablehnt. Ihnen müssen auch langfristig gentechnikfreie Produkte angeboten werden können. Die konventionelle und die ökologische Lebensmittelwirtschaft wollen diesen Markt bedienen.

Die Wahlfreiheit für Verbraucher und Lebensmittelproduzenten haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart. Die Nutzung der grünen Gentechnik darf nicht auf Kosten der Verbraucher und der Umwelt gehen.

Das vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz erarbeitete und Anfang März vom Kabinett verabschiedete Eckpunktepapier für eine Novellierung des Gentechnikgesetzes gibt aus unserer Sicht noch keine befriedigenden

Antworten darauf, wie der Bestand der gentechnikfreien Landwirtschaft gewährleistet werden kann.

Im parlamentarischen Verfahren werden wir uns für deutliche Verbesserungen einsetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine ausführliche Stellungnahme mit Kritikpunkten und Verbesserungsvorschlägen zu den Eckpunkten verfasst.

Anfang Mai gab es erste Gespräche zwischen Bundesminister Horst Seehofer, Fachexperten der SPD-Bundestagsfraktion und externen Experten zum Eckpunktepapier. Dabei ist man übereingekommen, dass das in der letzten Legislaturperiode von uns verabschiedete Haftungsrecht nicht geändert werden soll. Die von CDU/CSU ursprünglich beabsichtigten Änderungen zu Lasten der gentechnikfreien Landwirtschaft sollen nicht weiter verfolgt werden.

In den kommenden Wochen werden weitere Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner anstehen, bei denen uns insbesondere folgende Punkte wichtig sind:

- Wir wollen die Forschung voranbringen. Gerade für die Forschung mit noch nicht zugelassenen Pflanzen im Freiland gilt, dass Verunreinigungen der Umwelt und der Lebensmittelkette auf jeden Fall vermieden werden müssen.
- Abstandsregelungen und andere Maßnahmen zur Verhinderung von Auskreuzungen und Verschleppungen müssen so ausgestaltet werden, dass - wie in der EU-Richtlinie vorgeschrieben - ein Schaden erst gar nicht entsteht. Dissens gibt es auch noch bei der Frage der "Transaktionskosten", also der Kosten, die für den Nachweis der Gentechnikfreiheit anfallen. Diese übersteigen oft den möglichen Gewinn. Wir fordern weiterhin, dass es bei Mais einen Mindestabstand von 300 m geben muss bzw. wenigstens der Durchschnittswert der anderen EU-Staaten von 250 Metern festgeschrieben wird.
- Nach unserem Rechtsverständnis können private Vereinbarungen keine Haftansprüche gegenüber Dritten auslösen.
- Wir sehen keine Alternativen zur Transparenz beim Anbau und der Vermarktung gentechnisch veränderter Pflanzen und Produkte. Es muss beim bisherigen öffentlichen Standortregister bleiben. Auf europäischer Ebene wollen wir erreichen, dass tierische Lebensmittel, die unter Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel hergestellt wurden, gekennzeichnet werden, so wie es auch der Beschluss des SPD-Bundestagparteitags von 2005 vorsieht. In der Praxis könnte dies durch eine "Positivkennzeichnung" erleichtert werden. Den Anbietern werde so die Möglichkeit eröffnet, gentechnikfrei erzeugte Produkte kenntlich zu machen. Für Saatgut muss es einen Kennzeichnungsschwellenwert an der Bestimmungsgrenze geben.
- Unseren Vorschlag, auf EU-Ebene die Möglichkeit zur Einrichtung verpflichtender gentechnikfreier Regionen zu eröffnen, werden wir weiter verfolgen.

In den kommenden Verhandlungen werde ich mich in diesem Sinne dafür einsetzen, dass es klare und strenge Regelungen für den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen gibt, die Transparenz, Wahlfreiheit und Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen

